

Schuldenbremse bremst nicht die Schulden, sondern die Zukunft aus

Eine Kampagne unter dem Motto „International solidarisch: Schluss mit Austerität“ setzt auf Unterstützung

Vermutlich ist jeder und jede, der und die sich derzeit solidarisch für soziale Verbesserungen einsetzt, schon einmal auf die Schuldenbremse gestoßen. Irgendwann, wenn alle Argumente für die Verbesserungen öffentlich überzeugend und bewegend dargelegt sind, bekommt man aus Bürgerschaft und Senat oder von den Leitungen öffentlicher Einrichtungen zu hören: „Würden wir ja gerne, aber wir müssen ja die Schuldenbremse einhalten“.

Die Schuldenbremse hat ideologisch die Funktion, bereits entwickelte und vertretene Ansprüche der Bevölkerung niederzuhalten. Schon vor der Einführung der Schuldenbremse hatten die DGB-Gewerkschaften gewarnt, dass die Schuldenbremse ein Angriff auf den Sozialstaat ist, dass sie nicht die Schulden, sondern die Zukunft ausbremst, die Spielräume für eine sozial gerechte und ökologische Politik beschneidet und zu einer weiteren Umverteilung von unten nach oben führen wird. Rund zehn Jahre später sind aus Vorhersagen Tatsachen geworden.

Es ist also geboten, die Schuldenbremse wieder abzuschaffen. Das ist das Ziel der Kampagne „International solidarisch: Schluss mit Austerität“. Ihre Grundlage bildet das „Hamburger Manifest gegen Austerität“, dem sich der Landesvorstand der GEW Hamburg im März als Unterstützer angeschlossen hat.

Warum wurde die Schuldenbremse eingeführt?

Als in der „Weltfinanzkrise“ 2008 mit staatlichen Mitteln in großem Maßstab internationalen Banken „gerettet“ wurden, hat alle Welt gesehen: Geld ist genug da!

Die Politik von Lohnverzicht, Privatisierung öffentlichen Eigentums, der Deregulierung der (Finanz-)Wirtschaft, Steuererleichterungen für die Großkonzerne und verstärkter Arbeitsmarkt-Konkurrenz („Flexibilisierung“) entpuppte sich als das, was sie schon immer war: die

schnöde Plünderung der Mehrheit zugunsten der Steigerung von Profiten und Bankenglück. Das propagierte Vertrauen in die „Selbstregulierung der Märkte“, den großen „Gesamtwohlmehrer“ Privatwirtschaft und den höheren Sinn des „Gürtel-enger-Schnallens“ verlor schlagartig jede Legitimation.

Weltweit treten seither immer mehr Menschen für ein solidarisches Miteinander im Rahmen einer sozial und kulturell menschenwürdigen Gestaltung ihrer Lebensumstände ein.

Gegen diese positive Möglichkeit wird seitens der Herrschenden Angst geschürt, indem die Mär vom „Ende der Geschichte“ in die Welt gesetzt wird, für den Fall, dass die sozialpolitischen

Ansprüche in den Himmel wüchsen: Die systematische Entmündigung der Bevölkerung und die „Entsagungspolitik“ (Austerität) wurde dafür zum Verfassungsgebot erhoben – hierzulande: die „Schuldenbremse“.

Warum muss die Schuldenbremse abgeschafft werden?

1. Die Kultivierung höherer Ansprüche ist elementar für die Demokratie. Die Souveränität, über die gesellschaftliche Entwicklung kollektiv bestimmen zu können, ist die Grundlage einer demokratischen Gesellschaft.

Mit der „Schuldenbremse“ wird der Allgemeinheit dieses fundamentale Recht abgesprochen – nicht nur durch die Politik der Troika in Griechenland. Solange die Entscheidungshoheit über die Verwendung öffentlicher Mittel den demokratischen Institutionen entzogen wird, begünstigt dies „Politikverdrossenheit“, autoritären Ungeist und extremistische Konkurrenzideologie. Mit der Verwirklichung der Grund- und Menschenrechte und dem Grundgesetz hat diese Politik nichts zu tun. Die Abschaffung der Schuldenbremse dagegen wäre eine Wiederherstellung von Demokratie.

2. Eine bessere Welt ist möglich! Menschenwürdige Lebensverhältnisse zu schaffen, ist unsere gemeinsame Angelegenheit! Ein würdiges Leben für Jede_n frei von Krieg, Armut und Hunger, gebührenfreie Bil-



dung und gesellschaftliche Teilhabe für alle, sinnvolle Arbeit in sozialer Sicherheit, eine Gesundheitsvorsorge und medizinische Versorgung, die nicht Profitzwecken untergeordnet ist, günstiger und komfortabler Wohnraum für alle, öffentliche Theater und Museen als lebendige Kulturstätten, souveräne Wissenschaften für das Gemeinwohl, menschenzuwendende Verwaltungen und soziale Dienste, nachhaltige Mobilität, Energie- und Wasserversorgung für alle – dies ist weltweit längst möglich.

Wie kann die Schuldenbremse demokratisch wieder abgeschafft werden?

Politik wird von Menschen gemacht. Die Schuldenbremse ist kein Naturgesetz. Die Schuldenbremse bleibt überwindbare, weil falsche Politik.

Sämtliche Regelungen zu Schuldenbremse und Schuldenstopp sollen – so fordern es die Initiatoren – mit einem Volksentscheid aus der Hamburger Landesverfassung gestrichen werden. Zudem soll eine bundesweite Initiative zur Wiederherstellung des wahren Geistes des Grundgesetzes angestoßen werden.

Deutschland schädigt durch Exportüberschüsse, Druck auf die Löhne sowie künstlich niedergehaltene Massenkaukraft und öffentliche Nachfrage die restlichen Staaten Europas schwer. Indem wir dafür eintreten, die Steuer(mehr)einnahmen umgehend für öffentliche Investitionen im Allgemeininteresse zu verwenden, die Steuern bei

den Reichen konsequent einzutreiben und die Kapitalsteuern zu erhöhen, damit das Parlament die öffentlichen Ausgaben für Soziales, Gesundheit, Bildung, Wissenschaft, Kultur und Infrastruktur bedarfsgerecht erhöhen kann, befreien wir die Bevölkerungen der anderen Länder von dem Druck, der von Deutschland aus auf ihnen lastet.

Wenn wir in Hamburg als einer der reichsten Städte in Deutschland mit unserem Protest und der Forderung nach Abschaffung der Schuldenbremse den Anfang machen, ist das ein ermutigendes Signal dafür, dass Veränderung möglich ist.

Und wer macht eigentlich schon mit und wo kann man sich beteiligen?

Wir wenden uns mit dem Aufruf „Hamburger Manifest gegen Austerität“ an Gewerkschaften, Sozialverbände, Sozial-, Kultur- und Bildungseinrichtungen, progressive Jugendorganisationen und Parteien, Kirchen, Friedens- und Ökologiebewegung und alle, die noch mittun können. Bisher machen mit: AStA der Uni Hamburg, AStA der Hochschule für Bildende Künste, AG Wirtschaft, Haushalt und Finanzen der LINKEN Hamburg, Betriebsrat Jugendhilfe e.V., Bundesverband DIE LINKE.SDS, DIDF Jugend Hamburg, DIE LINKE Lüneburg, Fachschaftsrat Soziale Arbeit der HAW, GEW Hamburg, Grüne Jugend Hamburg, International Physicians for the Prevention of Nuclear War (IPPNW) Hamburg, Linksjugend [‘solid] Hamburg, Studierendenparla-

ment Uni Hamburg.

Um bei einem Volksbegehren innerhalb von drei Wochen 65.000 gültige Unterschriften von Hamburgerinnen und Hamburgern zu sammeln, benötigt es eine große Zahl an Aktiven und ein hohes Maß an Aufklärung über den Abstimmungsgegenstand. Vielleicht lässt sich ja der vermeintlich trockene Stoff der Schuldenbremse auch im Schulunterricht unterbringen, bspw. mit einem Vergleich der sprachlichen Ästhetik des Leitgedankens des Grundgesetzes in Artikel 1: „Die Würde des Menschen ist unantastbar. Sie zu achten und zu schützen ist Verpflichtung aller staatlichen Gewalt.“ Mit der technokratisch-mechanistischen Sprache in den Artikeln 109 und 115. Oder in der Suche, wie sich die Vermögen der reichsten und der ärmsten Hamburger Haushalte in ein und derselben Grafik veranschaulichen lassen. Und vielleicht haben die Schülerinnen und Schüler ja Lust, mit ihren Handys Erwachsene zu interviewen, was sie von der Schuldenbremse halten und wie sie meinen, dass sie die Schuldenbremse wieder loswerden können.

Zur Beteiligung an den Treffen der Kampagne sei herzlich eingeladen. Auf der Homepage www.schluss-mit-austeritaet.de sind die Termine mit Ort und Zeit angekündigt. Dort gibt es zudem eine Materialsammlung, Videos von Vorträgen und Diskussionen und das „Hamburger Manifest gegen Austerität“ in voller Länge sowie die DGB-Broschüre „Schuldenbremse – Zukunftsbremse – Zehn falsche Argumente für eine Schuldenbremse in Niedersachsen“. Vorschläge zur Erweiterung sind herzlich willkommen. Aktive der Kampagne kommen auch gerne auf Anfrage zur Diskussion in den GEW Fachgruppen vorbei.

JOCHEN RASCH
Student/GEW

Die DGB-Broschüre „Schuldenbremse – Zukunftsbremse – Zehn falsche Argumente für eine ‚Schuldenbremse‘ in Niedersachsen“ informiert detailgerecht.

Einen wichtigen Beitrag in Bezug auf die aktuelle politische Entwicklung sehen wir in einem Kommentar von Thomas Fricke „Das Gespenst der dreißiger Jahre ist zurück“, in dem er auf den Zusammenhang zwischen dem Zulauf zu den rechten Parteien in Europa und der Austeritätspolitik eingeht: <http://www.spiegel.de/wirtschaft>